

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

Kontakte:

Ron Halbright, NCBI Schweiz, 076 490 10 50, ron.halbright@ncbi.ch

Bastian Baumann, PINK CROSS, 079 796 28 67, bastian.baumann@pinkcross.ch

Bern, 1. Oktober 2015

Medienmitteilung

Neue Auswertung zeigt, wie stark Nationalratsmitglieder diskriminieren

Die erste schweizerische Anti-Diskriminierungsauswertung zeigt ausserordentlich grosse Unterschiede unter den Nationalratsmitgliedern. Beim Diskriminierungsschutz weisen ihre Haltungen einen Unterschied von bis zu 100% auf.

Die Schweiz steht in Sache rechtlichem Diskriminierungsschutz hinten an. Im Vergleich zu Ländern wie Deutschland, Grossbritannien oder den USA schneidet die Schweiz mangelhaft ab. Die Bundesverfassung garantiert mit Artikel 8 "Rechtsgleichheit" unabhängig von Herkunft, Rasse, Geschlecht, Alter, Sprache, sozialer Stellung, Lebensform, religiöser, weltanschaulicher oder politischer Überzeugung oder einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung. Ausgenommen bei Geschlechtergleichstellung und Behinderung fehlt ein Gesetz, welches dieses Grundrecht umsetzt.

Die Koalition "Für Menschen – gegen Diskriminierung" hat das Abstimmungsverhalten von 226 Nationalratsmitgliedern der zu Ende gehenden Legislatur bei 21 Abstimmungen in 10 Bereichen des Diskriminierungsschutzes ausgewertet. (Liste der Geschäfte in Anhang 2)

Die Auswertung der Abstimmungen im Nationalrat über parlamentarische Geschäfte in diesem Bereich legt sowohl völlige Unterstützung als auch extremste Ablehnung an den Tag. Die Auswertung der Koalition zeigt nämlich, dass die Zustimmung der einzelnen Nationalratsmitglieder beim Schutz vor Diskriminierung in den 21 analysierten Geschäften von 2011 bis 2015 zwischen 0% (überhaupt keine Unterstützung) und 100% (Unterstützung in allen Fällen) liegt. Der Wert ergibt sich aus dem Durchschnitt der erzielten Werte in den 10 Bereichen. Die einzelnen Bereiche bestehen zum Teil aus mehreren Geschäften. Der Bereich «Sexuelle Orientierung» umfasst beispielsweise 5 Geschäfte.

Insgesamt liegt der Durchschnitt der Parlamentsmitglieder der zu Ende gehenden Legislaturperiode bei 57%, was bedeutet, dass im Parlament eine Mehrheit für den Schutz vor Diskriminierung war. Die Auswertung ergibt, dass Diskriminierungsschutz

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

in den Bereichen Ausländer_innen, Behinderung und Alter mit mehr als 58% Zustimmung mehr Unterstützung fand als in den Bereichen allgemeiner Rassismus oder Kinderrechte. In diesen Bereichen lag die Unterstützung bei unter 40%.

Bezogen auf die einzelnen Nationalratsmitglieder werden die ersten 57 Plätze mit 100% perfektem Resultat von 50 Mitgliedern der SP-, 6 der Grünen- und einem Mitglied der FDP belegt, während die letzten 56 Plätze (von 0% bis 6%) von 54 SVP- und 2 FDP-Parlamentsmitgliedern belegt werden – 14 davon hatten das Resultat 0% (siehe Anhang 1).

Die Auswertung nach Fraktionen zeigt, dass jene der SP mit 100% und jene der Grünen mit 96% Zustimmung zum Diskriminierungsschutz das Rating anführen, während die Fraktion der SVP mit 5% den letzten Platz belegt. Dazwischen bilden die FDP-, BDP-, CVP- und die glp-Fraktionen einen Block mit zwischen 57%-78% Zustimmung (siehe Anhang 1).

Einige Mitglieder der BDP-, CVP-, FDP- und SVP-Fraktionen fallen deshalb im Score auf, da sie sich im Vergleich zum Durchschnittswert ihrer Fraktionen überdurchschnittlich für den Diskriminierungsschutz eingesetzt haben. Dazu gehören die Fraktionsmitglieder der FDP Pierre-André Monnard, Fulvio Pelli, Daniel Stolz, Sylvie Perrinjaquet, Christa Markwalder, Jean-René Germanier, Hugues Hiltbold - der CVP mit Marianne Streiff-Feller, Viola Amherd, Christian Lohr, Barbara Schmid-Federer, Guillaume Barazzone, Lucrezia Meier-Schatz, Jacques Neiryneck - und Rudolf Winkler und Heinz Siegenthaler von der BDP, die einen höheren Wert (um mindestens 15%) als die übrigen Mitglieder ihrer Fraktion erreichten. Die SVP-Politiker Lorenzo Quadri und Roberta Pantani erreichten einen Wert, der den Fraktionsdurchschnitt bezüglich des Diskriminierungsschutzes übertrifft. Negativ abweichend (um mindestens 15%) vom Durchschnitt ihrer Fraktionen sind von der CVP Gerhard Pfister, Leo Müller, Fabio Regazzi, Jakob Büchler, Ruedi Lustenberger, Daniel Fässler, Markus Lehmann und Alois Gmür, von der FDP-Fraktion Bruno Pezzatti, Filippo Leutenegger, Christian Wasserfallen, Walter Müller, Petra Gössi, Peter Malma und Markus Hutter (die genauen Zahlen im Anhang 1).

«Die SVP ist in Sachen Menschen- und LGBT-Rechte eine Katastrophe», so Bastian Baumann, Geschäftsleiter von PINK CROSS. «Alle Mitglieder der Bundesversammlung haben einen Eid abgelegt, die Bundesverfassung zu ehren und ihr zu folgen. Es ist erschreckend, wie viele Volksvertreter_innen dieses Versprechen anscheinend vergessen haben oder ignorieren.»

Ron Halbright, von der Koalition und NCBI Schweiz sagt: „Die Wähler und Wählerinnen sollen wissen, wer für oder gegen Diskriminierung aufgrund von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, Asylstatus oder Behinderung gestimmt hat. Diskriminierungsschutz geht uns alle an.“

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

Die Koalition setzt sich auch für die Umsetzung des Artikels 8 der Bundesverfassung¹ in Form eines Gleichstellungsgesetzes ein.

Die Koalition "für Menschen – gegen Diskriminierung" ist ein Bündnis verschiedener Organisationen. Sie fordert, dass in einem freien und demokratischen Staat jede und jeder eine faire Chance haben muss, eine Lehrstelle zu bekommen, eine Wohnung zu mieten oder Zugang zu öffentlichen Anlässen zu erhalten, ohne Nachteile durch zufällige Merkmale und persönliche Eigenheiten zu erfahren.

Die Auswertung des Abstimmungsverhaltens des Nationalrats bezüglich des Diskriminierungsschutzes wird von folgenden Koalitionsmitgliedern unterstützt:

- PINK CROSS
- NCBI Schweiz
- Stimme der gewählten Migrant_innen für alle (Gewählte Stimme)
- JUSO
- Die Junge Alternative JA! (Bern)
- Alternative Linke Bern

Die Analyse der Geschäfte und mehr Informationen zu Ziel, Zweck und Mitglieder der Koalition finden Sie unter: www.gegendiskriminierung.ch

Kontakte:

Ron Halbright, NCBI Schweiz, 076 490 10 50, ron.halbright@ncbi.ch

Bastian Baumann, PINK CROSS, 079 796 28 67, bastian.baumann@pinkcross.ch

Adrian Frischknecht, NCBI Schweiz, 031 311 55 09,
adrian.frischknecht@ncbi.ch

¹ Artikel 8 Rechtsgleichheit

1 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

2 Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

3 Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

4 Das Gesetz sieht Massnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen der Behinderten vor.

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

Anhang 1

Die Nationalratsmitglieder mit der höchsten Auswertung:

Aebischer Matthias	SP	BE	100%
Allemann Evi	SP	BE	100%
Amarelle Cesla	SP	VD	100%
Aubert Josiane	SP	VD	100%
Badran Jacqueline	SP	ZH	100%
Bernasconi Maria	SP	GE	100%
Birrer-Heimo Prisca	SP	LU	100%
Carobbio Guscetti Marina	SP	TI	100%
Chopard-Acklin Max	SP	AG	100%
Fässler-Osterwalder Hildegard	SP	SG	100%
Fehr Hans-Jürg	SP	SH	100%
Fehr Jacqueline	SP	ZH	100%
Feri Yvonne	SP	AG	100%
Fridez Pierre-Alain	SP	JU	100%
Friedl Claudia	SP	SG	100%
Galladé Chantal	SP	ZH	100%
Girod Bastien	GPS	ZH	100%
Graf-Litscher Edith	SP	TG	100%
Gross Andreas	SP	ZH	100%
Gysi Barbara	SP	SG	100%
Hadorn Philipp	SP	SO	100%
Hardegger Thomas	SP	ZH	100%

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

Heim Bea	SP	SO	100%
Häsler Christina	GPS	BE	100%
Hodgers Antonio	GPS	GE	100%
Jans Beat	SP	BS	100%
Jositsch Daniel	SP	ZH	100%
Kiener Nellen Margret	SP	BE	100%
Leutenegger Oberholzer Susanne	SP	BL	100%
Levrat Christian	SP	FR	100%
Maire Jacques-André	SP	NE	100%
Marra Ada	SP	VD	100%
Masshardt Nadine	SP	BE	100%
Monnard Pierre-André	FDP	NE	100%
Müller Geri	GPS	AG	100%
Munz Martina	SP	SH	100%
Naef Martin	SP	ZH	100%
Nordmann Roger	SP	VD	100%
Nussbaumer Eric	SP	BL	100%
Pardini Corrado	SP	BE	100%
Piller Carrard Valérie	SP	FR	100%
Reynard Mathias	SP	VS	100%
Ruiz Rebecca	SP	VD	100%
Schenker Silvia	SP	BS	100%
Schneider Schüttel Ursula	SP	FR	100%
Schwaab Jean Christophe	SP	VD	100%
Semadeni Silva	SP	GR	100%

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

	Sommaruga Carlo	SP	GE	100%
	Steiert Jean-François	SP	FR	100%
	Teuscher Franziska	GPS	BE	100%
	Thorens Goumaz Adèle	GPS	VD	100%
	Tornare Manuel	SP	GE	100%
	Tschäppät Alexander	SP	BE	100%
	Tschümperlin Andy	SP	SZ	100%
	Voruz Eric	SP	VD	100%
	Wermuth Cédric	SP	AG	100%
	Wyss Ursula	SP	BE	100%

Die tiefsten Werte in der Auswertung erreichten aufgrund ihres Stimmverhaltens folgenden Nationalratsmitglieder:

1. Platz	Blocher Christoph	V	ZH	0%
	Estermann Yvette	V	LU	0%
	Fehr Hans	V	ZH	0%
	Geissbühler Andrea Martina	V	BE	0%
	Graber Jean-Pierre	V	BE	0%
	Kaufmann Hans	V	ZH	0%
	Malama Peter	RL	BS	0%
	Perrin Yvan	V	NE	0%
	Rusconi Pierre	V	TI	0%
	Schwander Pirmin	V	SZ	0%
	Spuhler Peter	V	TG	0%
	Stamm Luzi	V	AG	0%
Zuppiger Bruno	V	ZH	0%	

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

2. Platz	Reimann Lukas	V	SG	2%
3. Platz	Aeschi Thomas	V	ZG	3%
	Amaudruz Céline	V	GE	3%
	Amstutz Adrian	V	BE	3%
	Binder Max	V	ZH	3%
	Borer Roland F.	V	SO	3%
	Bortoluzzi Toni	V	ZH	3%
	Büchel Roland Rino	V	SG	3%
	Egloff Hans	V	ZH	3%
	Flückiger-Bäni Sylvia	V	AG	3%
	Hausammann Markus	V	TG	3%
	Heer Alfred	V	ZH	3%
	Joder Rudolf	V	BE	3%
	Keller Peter	V	NW	3%
	Killer Hans	V	AG	3%
	Knecht Hansjörg	V	AG	3%
	Müri Felix	V	LU	3%
	Nidegger Yves	V	GE	3%
	Parmelin Guy	V	VD	3%
	Reimann Maximilian	V	AG	3%
Rime Jean-François	V	FR	3%	
Rösti Albert	V	BE	3%	
Veillon Pierre-François	V	VD	3%	
4. Platz	Aebi Andreas	V	BE	4%
	Brand Heinz	V	GR	4%

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

	Brunner Toni	V	SG	4%
	Bugnon André	V	VD	4%
	Clottu Raymond	V	NE	4%
	de Courten Thomas	V	BL	4%
	Frehner Sebastian	V	BS	4%
	Freysinger Oskar	V	VS	4%
	Giezendanner Ulrich	V	AG	4%
	Grin Jean-Pierre	V	VD	4%
	Herzog Verena	V	TG	4%
	Mörgeli Christoph	V	ZH	4%
	Rickli Natalie Simone	V	ZH	4%
	Rutz Gregor A.	V	ZH	4%
5. Platz	Pieren Nadja	V	BE	5%
	Stahl Jürg	V	ZH	5%
	Wobmann Walter	V	SO	5%
6. Platz	Matter Thomas	V	ZH	6%
	Schibli Ernst	V	ZH	6%

Die Auswertung nach Fraktionen:

Sozialdemokratische Fraktion	100%
Grüne Fraktion	96%
Grünliberale Fraktion	78%
BDP Fraktion	64%
CVP/EVP Fraktion	64%
FDP-Liberale Fraktion	57%

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei	5%
---	----

Die Ratsmitglieder, deren Abstimmungsverhalten über dem Durchschnitt ihrer Fraktionen liegen (mind. 15%):

Siegenthaler Heinz	BD	BE	88%
Winkler Rudolf	BD	ZH	85%
Neiryck Jacques	CE	VD	98%
Meier-Schatz Lucrezia	CE	SG	96%
Schmid-Federer Barbara	CE	ZH	93%
Barazzone Guillaume	CE	VS	93%
Lohr Christian	CE	TG	87%
Amherd Viola	CE	VS	86%
de Buman Dominique	CE	FR	84%
Streiff-Feller Marianne	CE	BE	80%
Monnard Pierre-André	RL	NE	100%
Pelli Fulvio	RL	TI	80%
Stolz Daniel	RL	BS	79%
Perrinjaquet Sylvie	RL	NE	77%
Markwalder Christa	RL	BE	76%
Germanier Jean-René	RL	VS	73%
Hiltbold Hugues	RL	GE	72%
Pantani Roberta	V	TI	31%
Quadri Lorenzo	V	TI	20%

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

Die Ratsmitglieder, deren Abstimmungsverhalten unter dem Durchschnitt ihrer Fraktionen liegen (mind. 15%):

Grunder Hans	BD	BE	47%
Gmür Alois	CE	SZ	47%
Lehmann Markus	CE	BS	44%
Büchler Jakob	CE	SG	44%
Fässler Daniel	CE	AI	43%
Regazzi Fabio	CE	TI	41%
Müller Leo	CE	LU	38%
Pfister Gerhard	CE	ZG	33%
Lustenberger Ruedi	CE	LU	31%
Wasserfallen Christian	RL	BE	39%
Müller Walter	RL	SG	39%
Hutter Markus	RL	ZH	38%
Gössi Petra	RL	SZ	35%
Pezzatti Bruno	RL	ZG	31%
Leutenegger Filippo	RL	ZH	10%
Peter Malma	RL	BS	0%

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

Anhang 2

Ausgewertete parlamentarische Geschäfte zu Diskriminierung

	Geschäft	Beschreibung	Abstimmungsdatum	Bereich	als "richtig" bewertete Stimme
1	12.3543 Postulat Naef. Bericht zum Recht auf Schutz vor Diskriminierung	Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, der die Potenziale des geltenden Bundesrechtes zum Schutz vor Diskriminierung aufzeigt und eine rechtsvergleichende Auslegeordnung zur Wirksamkeit verschiedener Rechtsinstrumente vornimmt.	14.12.2012	Allg. Diskriminierung	Ja: Annahme des Postulats
2	10.523 Parlamentarische Initiative Prelicz-Huber Katharina. Gesetz über Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung	Es sei ein Gesetz über die Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung zu erlassen, das Artikel 8 Absatz 2 der Bundesverfassung konkretisiert. Dieses soll mit den dafür geeigneten rechtlichen Instrumenten die Diskriminierung insbesondere aus Gründen der Hautfarbe, der ethnischen Zugehörigkeit, der regionalen Herkunft, der Nationalität, der religiösen Weltanschauung, der fahrenden Lebensform oder der Sprache verhindern oder beseitigen.	06.03.2012	Rassismus	Nein: Antrag der Minderheit (Folge geben)
3	12.3942 Motion. Keine Verbilligung der Krankenkassenprämien für Sans-Papiers	Die Motion will, dass Personen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung für die Schweiz von einer Prämienverbilligung ausgeschlossen sind.	12.09.2013	Sans Papier	Nein: Ablehnung der Motion
4	13.3156 Motion. Gewaltfreie Erziehung	Der Bundesrat wird beauftragt, das Recht auf gewaltfreie Erziehung gesetzlich zu verankern und die Einführung dieses Gesetzes mit unterstützenden Massnahmen zur Bekanntmachung der neuen Gesetzesgrundlage zu begleiten.	17.06.2014	Kinderrechte	Ja: Annahme der Motion

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

5	14.4307 Motion Moret Isabelle. Anbieter im öffentlichen Beschaffungswesen. Einhaltung der Lohngleichheit	Der Bundesrat wird beauftragt, den vorhandenen gesetzlichen Artikel 8 Absatz 2 in fine des BGs über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) zu nutzen, um zu verlangen, dass die Anbieter/innen mittels Bescheinigung eines sachverständigen Dritten den Nachweis für die Einhaltung des Bestimmungen über die Lohngleichheit erbringen. Falls die bestehenden gesetzlichen Grundlagen unzureichend sind, soll der Bundesrat verlangen, dass das BöB ergänzt wird.	19.06.2015	Gleichstellung Mann / Frau	Ja: Annahme der Motion
6	13.2054 Petition Für die Besserstellung von schwangeren Frauen im Dienst.	Mit der Petition wird verlangt, dass Artikel 35a des Arbeitsgesetzes auch in den öffentlichen Verwaltungen angewendet werden soll.	20.03.2015	Gleichstellung / Mann/Frau	Nein: Antrag der Minderheit Pardini(zurück an die Kommission)
7	13.049 ZGB. Vorsorgeausgleich bei Scheidung	Der Bundesrat will Mängel des bestehenden Vorsorgeausgleichs. Künftig werden die Vorsorgeansprüche auch dann geteilt, wenn im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens ein Ehegatte wegen Alter oder Invalidität bereits eine Rente bezieht.	19.06.2015	Gleichstellung Mann/Frau	Ja: Annahme des Projekts
8	13.086 Geschäft des Bundesrates. Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Volksinitiative	Geschäft des Bundesrates. Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Volksinitiative	20.06.2014	Ausländer_Innen	Ja: Annahme der Vorlage (welche die Ablehnung der Volksinitiative empfiehlt)
9	13.091 Geschäft des Bundesrates. Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer / Durchsetzungsinitiative	Am 28.12.12 hat die SVP die Volksinitiative "Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer" (Durchsetzungsinitiative) eingereicht.	20.03.2015	Ausländer_Innen	Ja: Annahme der Vorlage (welche die Annahme der Volksinitiative empfiehlt)

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

10	13.056 Geschäft des Bundesrates. StGB und MStG. Ausschaffung krimineller Ausländer	Für die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative schlägt der Bundesrat eine vermittelnde Lösung vor, die mit gewissen Einschränkungen sowohl dem Ausweisungsautomatismus Rechnung trägt, den die Initianten anstrebten, als auch dem Verhältnismässigkeitsprinzip und den Menschenrechtsgarantien.	20.03.2015	Ausländer_Innen	Ja: Annahme des Projekts
11	13.425 Parlamentarische Initiative. Kein Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene	Die Initiative verlangt, dass vorläufig Aufgenommene Asylsuchende/Ausländer kein Recht auf Familiennachzug haben.	08.05.2014	Asyl	Ja: Antrag der Mehrheit (keine Folge geben)
12	12.3929 Motion. Aufenthaltsgebiet für Asylbewerber auf den Zuweisungskanton begrenzen	Die Motion will, dass das Bundesgesetz so angepasst wird, dass das Aufenthaltsgebiet von Asylsuchenden räumlich auf den Zuweisungskanton beschränkt wird.	24.09.2014	Asyl	Nein: Ablehnung der Motion
13	13.460 Parlamentarische Initiative. Sanktionierung von missbräuchlich gestellten Asylgesuchen	Die parlamentarische Initiative verlangt, dass das Asylrecht Freiheitsstrafen von 6 Monaten bis zu 5 Jahren vorsieht, wenn die Behörden durch Angaben von falschen Personalien getäuscht werden oder wenn nach einem rechtskräftigen Asylentscheid ein neues Asylgesuch eingereicht wird, ohne dass sich die Umstände wesentlich geändert haben.	11.12.2014	Asyl	Ja: Antrag der Mehrheit (keine Folge geben)

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

14	13.406 Parlamentarische Initiative. Arzneimittel für Zwangsausschaffung zulassen	Die Initianten möchten mit der parlamentarischen Initiative den Artikel 25 des Zwanganwendungsgesetzes ändern, so das Arzneimittel verwendet werden dürfen, wenn sie als Ultima Ratio zur Durchsetzung der Zwangsmassnahmen notwendig sind.	12.12.2013	Asyl	Ja: Antrag der Mehrheit (keine Folge geben)
15	11.4046 Motion (RK SR) Adoptionsrecht. Gleiche Chancen für alle Familien	Der Bundesrat wird beauftragt, die Artikel 264ff. ZGB und Artikel 28 des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (SR 211.231) dahingehend zu ändern, dass alle Erwachsenen, ungeachtet ihres Zivilstandes und ihrer Lebensform, ein Kind, insbesondere das Kind des Partners oder der Partnerin, adoptieren können, wenn eine Adoption für das Kindeswohl die beste Lösung darstellt.	13.12.2012	sexuelle Orientierung	Ja: Antrag der Mehrheit (Annahme modifizierte Motion)
16	13.304 Standesinitiative Genf, Änderung der Bundesverfassung (Art. 8 Abs. 2) und des Strafgesetzbuches (Art. 261bis) vom 26.2.2013	Mit der Standesinitiative wird verlangt, dass das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung ausdrücklich in Artikel 8 Absatz 2 BV und in Artikel 261bis StGB festgehalten wird.	11.03.2015	sexuelle Orientierung	Ja: Antrag der Mehrheit (Folge geben)
17	13.407 Parlamentarische Initiative Mathias Reynard. Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung	Mit dieser Initiative soll die bestehende Bestimmung des Strafgesetzbuches zum Kampf gegen die Rassendiskriminierung um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung erweitert werden.	11.03.2015	sexuelle Orientierung	Ja: Antrag der Mehrheit (Folge geben)

KOALITION

Für Menschen – gegen Diskriminierung

18	13.2020 Petition. Gegen die Diskriminierung von homosexuellen, bisexuellen und transsexuellen Personen	Mit der Petition wird verlangt, dass ein explizites Verbot der Diskriminierung aufgrund von Homosexualität in die Verfassung aufgenommen wird.	20.03.2015	sexuelle Orientierung	Nein: Antrag der Minderheit R. Ruiz (zurück an die Kommission)
19	13.085 Geschäft des Bundesrates. Für Ehe und Familie gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Für Ehe und Familie gegen die Heiratsstrafe"	Mit der Initiative wird verlangt, dass verheiratete und eingetragene Paare gegenüber anderen Lebensgemeinschaften gleichgestellt und bestehende Benachteiligungen bei den Steuern, aber auch bei der Altersvorsorge aufgehoben werden.	19.06.2015	sexuelle Orientierung	Ja: Annahme des Projekts, welche die Ablehnung der Volksinitiative empfiehlt)
20	12.100 Geschäft des Bundesrates. Menschen mit Behinderungen. Übereinkommen	Ergänzung des schweizerischen Behindertengleichstellungsrecht (UNO-Generalversammlung vom 13.12.2006	13.12.2013	Menschen mit Behinderung	Ja: Annahme der Vorlage
21	14.4165 Postulat "Pflegekostenversicherung auf den Prüfstand. Schutz des eigenen Vermögens."	Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen zum Thema einer obligatorischen Pflegekostenversicherung. Eine obligatorische Pflegekostenversicherung würde die öffentliche Hand markant entlasten.	02.06.2015	Alter	Ja: Annahme des Postulats